Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 12/2023

10.November

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

zwei große Themen standen auf der Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler. Bund und Länder haben mit den gefassten Beschlüssen deutlich gezeigt: Wir stellen uns gemeinsam den gewaltigen Herausforderungen und handeln konkret, schnell und verlässlich. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat eine Vereinbarung zur Finanzierung der Kosten für Geflüchtete getroffen und sich zum gemeinsamen Ziel von mehr Steuerung und Ordnung der Migration bekannt. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe lässt der Bund die Kommunen nicht allein.
Die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter vor Ort ist ein wichtiger Teil des gesamten Migrationsthemas, mit dem wir uns seit Längerem auseinandersetzen. Neben Zuwanderung, die wir durch die Änderung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erleichtern wollen, müssen wir gemeinsame europäische Regelungen durchsetzen.
Außerdem haben Bund und Länder den Deutschland-Pakt weiter ausbuchstabiert: Über 30 bereits initiierte Gesetzesvorhaben ermöglichen mehr Tempo und einfachere Verfahren. Diese Vereinbarungen sorgen nun dafür, dass in Deutschland schneller geplant, gebaut und modernisiert werden kann.
In dieser Sitzungswoche haben wir zwei wichtige Vorhaben für die Modernisierung unseres Gesundheitswesens auf den Weg gebracht. Mit dem Digitalgesetz werden Arztpraxen und Apotheken digitaler, das kommt auch allen Patientinnen und Patienten zugute. Dafür führen wir ab 2025 die elektronische Patientenakte für alle gesetzlich Versicherten ein, auf der sämtliche medizinische Angaben und Unterlagen unter Wahrung des Datenschutzes digital gespeichert werden. Auch das E-Rezept kommt und soll perspektivisch das Papierrezept ablösen. Außerdem erleichtern wir die gemeinwohlorientierte Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschungszwecke.
Auch für Familien wollen wir das Leben leichter machen. Nach dem Bürgergeld und der Wohngeldreform haben wir mit der Kindergrundsicherung in dieser Woche das nächste große sozialpolitische Projekt auf den Weg gebracht. Viele Familien, die von Armut bedroht sind, nehmen familienpolitische Leistungen wie den Kinderzuschlag nicht in Anspruch – entweder aus Unkenntnis, aus Scham oder aus Sorge vor Bürokratie. Die Kindergrundsicherung soll genau diesen Familien und ihren Kindern helfen. Dafür muss sie zielgenau, leicht zugänglich und möglichst unbürokratisch sein. Deshalb werden wir uns im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, das Kindergrundsicherungsgesetz zu verbessern. Denn nur so erreichen wir unser Ziel: Dass kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss und jedes Kind unabhängig vom Elternhaus die gleichen Chancen hat. Dafür muss sie zielgenau, leicht zugänglich und möglichst unbürokratisch sein. Deshalb werden wir uns im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, das Kindergrundsicherungsgesetz zu verbessern. Denn nur so erreichen wir unser Ziel: Dass kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss und jedes Kind unabhängig vom Elternhaus die gleichen Chancen hat.

Viel Spaß beim Lesen.

Johannes Schraps

Euer Johannes

Terminauswahl
| 10. November | 17:00 Uhr |
SAM Gala in Hameln
| 22. November | 18:00 Uhr |
Herbstempfang des AdU in Buchhagen

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Besuch Landfleischerei Otte
— Lesung Denkanstoß Hameln e.V.
Seite 3 — BPA-Fahrt nach Berlin
Seite 4 — Konferenz „Dialog, Erinnerung und Solidarität in Europa.“
— Treffen mit der Eberhard-Schöck-Stiftung
Seite 5 — Zwei Reden im Deutschen Bundestag
Seite 6 — Treffen mit der Belarussischen Opposition in Berlin
— „Gelbes Band der Verbundenheit“
Seite 7 — Pressemitteilungen der Woche
Seite 8 — Themenüberblick Bundestag
Seite 9 — „Nie wieder ist Jetzt“

Ihr findet mich auch bei:

BESUCH LANDFLEISCHEREI OTTE

Wenn ich in meinem Auto im Wahlkreis im Weserbergland unterwegs bin, dann halte ich gerne an den zahlreichen Verkaufsstellen der vielen regionalen Erzeuger an. Ob bei regionalen Bäckereien, an den Hofverkaufständen örtlicher Landwirte oder bei den nur noch sehr wenigen regionalen Metzgereien.

Als ich kürzlich in Uslar-Schönhagen bei Bauer Otte in der Landfleischerei mal wieder einen kurzen Stopp für ein paar kleine Einkäufe gemacht habe, da haben mir Daniel Otte und sein Vater, der den Betrieb seit den 70ern aufgebaut hatte, spontan ihren Betrieb gezeigt. Von den leckeren Würstchen bis zur angerührten Blutwurst. Danke für die Einblicke und immer wieder lecker. Übrigens bietet Bauer Otte auch einen Party-Service und die regionalen Produkte sind ECHT!-zertifiziert von der Solling-Vogler Region.

LESUNG ZUM THEMA POSTMIGRATION VOM VEREIN DENKANSTOß-HAMELN E.V.

Am Mittwoch, den 15.11.2023 wird um 18 Uhr im Kunstkreis Hameln, Rathausplatz 4 eine Lesung des Buches „Unser Deutschland Märchen“ von Dinçer Güçyeter stattfinden.
Unser Deutschlandmärchen ist eine Familiengeschichte in vielen Stimmen. Frauen mehrerer Generationen und der in Almanya geborene Sohn erinnern sich in poetischen, oft mythischen, kräftigen Bildern und in Monologen, Dialogen, Träumen, Gebeten, Chören.

Dinçer Güçyeter erzählt vom Schicksal türkischer Griechen, von der Verwurzelung in anatolischem Leben und von der Herausforderung, als sogenannte Gastarbeiter, Gastarbeiterin und als deren Nachkomme in Deutschland ein neues Leben zu beginnen. Hierfür wurde er mit dem Preis der Leipziger Buchmesse in diesem Jahr ausgezeichnet.
Vielen Dank an den Verein Denkanstoß für die Organisation dieser spannenden Veranstaltung.

BPA FAHRT NACH BERLIN

Nun war es endlich wieder soweit. Eine Besuchergruppe aus dem Weserbergland besuchte mich, bei einer durch das Bundespresseamt organisierten Informationsfahrten in die Bundeshauptstadt . Viele Menschen aus meinem Wahlkreis nutzten jetzt wieder die Möglichkeit, mich in Berlin zu besuchen und ein spannendes Programm vor Ort zu durchlaufen.

So konnte ich die Gruppe von Besucherinnen und Besuchern in Berlin willkommen heißen und dabei auch etwas über meine politische Arbeit in Berlin berichten.

Bei bestem Wetter haben wir gemeinsam den Deutschen Bundestag besucht. Hier hatten wir die Chance, einen Blick in den Plenarsaal des Bundestages und den Fraktionssaal der SPD zu werfen sowie die Dachterrasse mit der Glaskuppel zu besichtigen. Dort oben wurde uns eine atemberaubenden Aussicht über die Skyline von Berlin geboten. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundestages haben wir allerlei Wissenswertes zur Historie erfahren und wurden durch die Geschichte des Reichstagsgebäudes geführt. Im Anschluss haben meine „Gäste“ ein spannendes, dreitägiges Informationsprogramm in Berlin erlebt.

Auf dem Programm für die Teilneh-merinnen und Teilnehmer standen neben einer Stadtrundfahrt, die sich an politisch und historischen Orten Berlins orientiert, der Besuch des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“, Führung durch die Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege—Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“, der Besuch der Dauerausstellung im Jüdischen Museum, der Besuch des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors und der Führung durch den „Tränenpalast“.

Das gesamte Programm wurde abgerundet mit einer kulinarische Rei-se durch die Berliner Gastronomie und ließ somit kaum noch Wünsche offen. Natürlich war auch etwas Zeit, die Stadt auf eigene Faust zu erkunden, um das ein oder andere Souvenir mit nach Hause zu bringen. Dreimal im Jahr besteht für mich die Möglichkeit, politisch interessierte Menschen aus meinem Wahlkreis nach Berlin einzuladen. Die Dauer beträgt in der Regel drei Tage und ist gespickt mit einem vielversprechendem Programm sowie verschiedenen Aktivitäten. Die Kosten werden vom Bundespresseamt übernommen. Ihr möchtet mich auch einmal in Berlin besuchen? Dann meldet Euch in einem meiner Wahlkreisbüros oder informiert Euch auf meiner Internetseite www.johannes-schraps.de

Ich freue mich auf Euren Besuch!

KONFERENZ „DIALOG, ERINNERUNG UND SOLIDARITÄT IN EUROPA“

Wie sollten wir uns aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts lernen. Dies war die zentrale Frage des sehr zeitgemäßen Austauschs im Humboldt-Forum in Berlin, an dem ich als Podiumsteilnehmer teilnahm. Während der Debatte, die im Rahmen der Konferenz "Was ist der Sinn der Geschichte, wenn wir nie daraus lernen? Dialog, Erinnerung und Solidarität in Europa" stattfand, sprachen wir unter anderem darüber, wie wir historische Themen für ein junges Publikum zugänglich machen können. Ich habe mich sehr gefreut, meine eigenen Erfahrungen darüber zu teilen, wie Politiker:innen junge Menschen erreichen und ihnen geschichtliche oder auch politische Themen auf spannende Weise näherbringen können. Am Ende geht es aber bei der historischen Bildung um uns alle, darum, Gespräche zu führen, miteinander zu reden. Mein Dank gilt den inspirierenden Mitdiskutierenden: Alexandra Mészáros, eine ungarische Studentin, die ihre Erfahrungen mit einem Projekt teilte, das Schülerinnen und Schülern ermöglicht, wichtige Gedenkstätten zu besuchen; Vilano Qiriazim, der Leiter der Abteilung Bildungspolitik des Europarats; dem Künstler und Bildungsexperten Dan Wolf, der sich zu uns online zugeschaltet hat, sowie unserem erfahrenen Moderator Marek Zajac. Ein herzliches Dankeschön geht auch an das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität & das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, das mich zu diesem bedeutsamen Gespräch eingeladen haben!

TREFFEN MIT DER EBERHARD-SCHÖCK-STIFTUNG

Es war mir eine Freude, mich mit dem Vorsitzenden Peter Möller und dem Projektleiter Marcel Blessing-Shumilin von der Eberhard-Schöck-Stiftung zu treffen, als sie aus Baden-Baden zu Besuch nach Berlin kamen. Die Stiftung wurde vor mehr als 30 Jahren gegründet, um in den damaligen Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas die Handwerkerausbildung und den Mittelstand zu fördern und Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten zu schaffen. Heute ist die Stiftung ein Mitglied im Deutsch-Moldauischen-Forum, dessen Vorsitzende ich bin. Wir haben uns über die Projekte der Stiftung in der Republik Moldau unterhalten, insbesondere über die Modernisierung der Berufsausbildung für Tischler und Verputzer in den Städten Căușeni, Chişinău und Hînceşti. Wir werden weiterhin eng zusammenarbeiten, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Moldau zu stärken

FÜR EIN DEMOKRATISCHES BELARUS IN DER EUROPÄISCHEN FAMILIE

Belarus gehört in die europäische Familie! Das ist die klare Botschaft des Antrags, der im Plenum des Bundestages abgestimmt wurde. In meiner Rede habe ich diese Position bekräftigt. Ich bin stolz auf die produktive Zusammenarbeit mit der Kollegin und den Kollegen aus der Freundschaftsgruppe demokratisches Belarus, die wir im Frühjahr ins Leben gerufen haben. Gemeinsam haben wir jetzt den Antrag „Für ein demokratisches Belarus in der europäischen Familie" erarbeitet und vorgelegt. Und damit nicht nur unsere entschiedene Unterstützung für die belarussische Demokratiebewegung ausgesprochen, sondern auch Solidarität mit dem belarussischen Volk in seinem Streben nach Freiheit, Menschenrechten, fairen Wahlen und dem Recht, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. Das sind Werte, für die Deutschland immer stehen wird. Viele von uns haben Patenschaften für politische Gefangene in Belarus übernommen, und wir setzen uns in diesem Antrag auch dafür ein, dass politische Verfolgten hier in Deutschland sichere Zuflucht finden. Denn die Solidarität mit der belarussischen Demokratiebewegung soll nicht halbherzig sein. Und der Einsatz für Menschenwürde und Demokratie ist kein Verbrechen, sondern eine Leistung, die unseren Respekt und unsere große Unterstützung verdient.

Hier gibt es die gesamte Rede:
https://dbtg.tv/cvid/7602959

KREDITZWEITMARKTFÖRDERUNGSGESETZ

Ich habe im Deutschen Bundestag zum Kreditzweitmarktförderungsgesetz gesprochen. Dieser Gesetzentwurf ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Bankenunion zu vollenden, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Banken zu stärken und die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen.

Mit diesem Gesetz schaffen wir einen gemeinsamen europäischen Rechtsrahmen für die Übertragung von Kreditforderungen, insbesondere von notleidenden Krediten. Diese sind Kredite, bei denen die Schuldnerinnen und Schuldner in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind oder deren Rückzahlung unwahrscheinlich ist. Durch

die Übertragung dieser Kredite an spezialisierte Kreditdienstleister oder Kreditkäufer können die Banken ihre Bilanzen bereinigen, ihre Eigenkapitalquoten verbessern und ihre Kreditvergabe an die Realwirtschaft erhöhen.

Damit fördern wir einen funktionierenden Kreditzweitmarkt, der die Finanzierung von wirtschaftlichen Investitionen sicherstellt und die Finanzstabilität erhöht. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Rechte und Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gewahrt bleiben. Ich bin überzeugt, dass dieser Gesetzentwurf ein ausgewogener und zukunftsweisender Kompromiss ist, der sowohl den Anforderungen des europäischen Binnenmarktes als auch den nationalen Besonderheiten Rechnung trägt.

Hier gibt es die gesamte Rede:
https://dbtg.tv/cvid/7603251

TREFFEN MIT DER BELARUSSISCHEN OPPOSTION

In Berlin und im Bundestag hatten wir besondere Ehrengäste! Gemeinsam mit der belarusischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, die eigens aus ihrem Exil in Litauen angereist war, haben wir eine wichtige Konferenz veranstaltet. Diese Veranstaltung bot uns eine großartige Gelegenheit, uns mit gleichgesinnten Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus 14 europäischen Ländern und dem Europäischen Parlament in Brüssel auszutauschen. Viele von ihnen sind Mitglieder von Freundschaftsgruppen für ein demokratisches , ähnlich wie ich und andere Kolleginnen und Kollegen im Bundestag. Wir haben von dieser Konferenz Inspiration und Beispiele für gute Praxis mitgenommen, wie Parlamente noch mehr dazu beitragen können, die mutigen Bürgerinnen und Bürger von Belarus im Fokus zu behalten und ihre demokratische und proeuropäische Bestrebungen zu unterstützen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Land nach wie vor von dem brutalen Diktator Lukaschenka regiert wird, Oppositionsvertreter verfolgt und inhaftiert werden und Belarus für den russischen Krieg gegen die Ukraine missbraucht wird. Es ist umso wichtiger, dass wir diejenigen, die für Menschenrechte, Demokratie und die Freiheit kämpfen, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, unermüdlich unterstützen. Ihnen gehört unsere Anerkennung.

„GELBES BAND DER VERBUNDENHEIT“

Die Bedeutung dieser Unterschrift geht weit über das Übliche hinaus. Das Gelbe Band ist ein bescheidenes, aber bedeutendes Zeichen unserer Verbundenheit mit unseren Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Wir haben als Bundestagsabgeordnete die gelben Bänder im Reichstagsgebäude unterzeichnet. Während der festlichen Weihnachtszeit werden diese Bänder in den Einsatzgebieten gut sichtbar aufgehängt, und so fliegt das Band von Berlin in die weite Welt. In diesem Jahr verbringen mehrere tausend Mitglieder der Bundeswehr die Feiertage und den Jahreswechsel an Orten wie dem Baltikum oder auf Schiffen im Mittelmeer – Weihnachten auf See oder fern von der Familie an Land ist eine enorme Herausforderung, besonders in Zeiten voller Unsicherheit. Auch die Pioniere aus der Solling-Kaserne in Holzminden sind immer wieder im Auslandseinsatz. Wir sind den Angehörigen unserer Truppe für ihren unermüdlichen Einsatz zutiefst dankbar. Auch in diesem Jahr habe ich mich mit Freude an dieser Aktion beteiligt, um meine Anerkennung und Wertschätzung gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten auszudrücken. Die Unterschriften werden vom Bundeswehrverband entgegengenommen und in den Tagen vor Weihnachten in den Einsatzgebieten unserer Truppe überreicht.

PRESSEMITTEILUNG: BESCHLUSS IM HAUSHALTSAUSSCHUSS: BUND GIBT 30 MIO. EURO FÜR NEUE SIRENENFÖRDERUNG FREI

Im Notfall zählt jede Minute: In Krisen oder bei Katastrophen muss die Bevölkerung schnell und zuverlässig gewarnt werden, um sich in Sicherheit bringen oder Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Auch wenn zunehmend neue Methoden wie SMS-Benachrichtigungen oder Warn-Apps Verbreitung finden, werden Sirenen als etabliertes und zuverlässiges Warnmittel auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Wie der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps berichtet, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages heute Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro freigegeben, um den Ausbau der Sireneninfrastruktur im Land weiter voranzutreiben. Ziel des neuen Förderkonzepts ist es, dass Bund und Länder zügig die Lücken schließen und gemeinsam ein flächendeckendes und zukunftsfähiges Sirenennetz aufbauen.

Am 14. September 2023 fand erneut der bundesweite Warntag statt: Millionen Bürgerinnen und Bürger erhielten per Smartphone eine Warnmeldung mit Hinweis auf den diesjährigen Testlauf für die Warninfrastruktur, auch in Fernsehen und Radio wurde probeweise gewarnt. Die für den Zivilschutz zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zog positive Bilanz: 97 Prozent der Bevölkerung wurden mit dem sog. Warnmittelmix erreicht. Während auch Tausende Sirenen auslösten, besteht bei der Sireneninfrastruktur allerdings noch Nachholbedarf. Viele Anlagen wurden in den vergangen 30 Jahren ausgemustert, bestehende Sirenen müssen nachgerüstet oder an die inzwischen digitalisierte Warninfrastruktur angeschlossen werden.

Johannes Schraps, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 46: „Die Mittelfreigabe im Haushaltsausschuss ist eine gute Nachricht für unsere Kommunen und Landkreise. Die Ampel-Koalition möchte den Investitionsstau in unserem Sirenennetz zügig beheben, deshalb hat sie in den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr, neben zusätzlichen Mitteln für die SMS-Warnung, auch 30 Mio. Euro für ein neues Sirenen-Förderprogramm bereitgestellt. Zuständig für die Warnung im Katastrophenfall sind aber die Bundesländer. Deshalb wurden die Gelder gesperrt und an die Auflage geknüpft, dass die Länder sich finanziell am Förderprogramm beteiligen.

Das nun vorgelegte und vom Haushaltsausschuss abgesegnete Konzept sieht vor, dass Bund und Länder künftig zu gleichen Teilen Mittel bereitstellen. Neue oder modernisierte Sirenen sollen an das digitale Warnsystem angeschlossen werden, sodass auch Bundes- und Landesbehörden schnell Warnungen auslösen können. Außerdem wird ein Warnmittelkataster aufgebaut.

EINLADUNG ZU DEN TAGEN DER BEGEGNUNG 2023

Ich freue mich sehr, dass ich junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren vom 13. bis 15. Dezember 2023 nach Berlin einladen darf.

Unter der Schirmherrschaft der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas MdB finden die 29. Tage der Begegnung im Deutschen Bundestag statt.

Der vorherige Schirmherr Dr. Wolfgang Schäuble bezeichnete die Tage der Begegnung respektvoll als „die älteste fraktionsübergreifende Initiative im Deutschen Bundestag“. Seit 1985 lädt ein überkonfessioneller Einladerkreis von Abgeordneten zu dieser Veranstaltung mit Vorträgen, Seminaren und Gesprächen in den Deutschen Bundestag ein.

Spitzenpolitiker, Journalisten und Unternehmer denken gemeinsam über Politik, Glaube und Werte sowie unsere „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (Präambel des Grundgesetzes) nach und stellen sich der Diskussion mit den etwa 150 Teilnehmern.

Persönliche Begegnungen und Gespräche sollen dazu beitragen, die universelle Verantwortung für die Gestaltung unseres Gemeinwesens bewusst zu machen und einen authentischen Einblick in die Arbeit des Parlaments und den Politikeralltag zu gewähren.

Die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Nähere Informationen gibt es unter https://www.tage-der-begegnung.de/.

Interessierte können sich bei meinem Team in den Wahlkreisbüros telefonisch unter
T. 0 51 51 - 107 33 99 und
T. 0 55 31—50 30 oder alternativ per Mail unter:
johannes.schraps@bundestag.de
anmelden.

Leitentscheidungsverfahren einführen – Justiz entlasten

Sogenannte Massenverfahren, also massenhafte Einzelklagen, mit denen gleichgelagerte Ansprüche wie im Diesel-Skandal oder wegen unzulässiger Klauseln in Fitnessstudio-, Versicheungs- oder Bankverträgen geltend gemacht werden, stellen eine große Belastung für die betroffenen Zivilgerichte dar.

Höchstrichterliche Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH) können die Gerichte der unteren Instanzen entlasten, da sich in diesen Verfahren zumeist die gleichen entscheiden-den Rechtsfragen stellen. Hat der BGH hier einmal in letzter Instanz entschieden, können sich andere Instanzen daran orientieren. Diese höchstrichterlichen Entscheidungen können bisher jedoch durch Rücknahme von Revisionen oder aufgrund eines Vergleichs verhindert werden.

Mit dem Leitentscheidungsverfahren soll nun eine neue Möglichkeit für den BGH geschaffen werden, über grundsätzliche Rechtsfragen in einem Verfahren auch dann zu entscheiden, wenn die Parteien das Verfahren zu einem späteren Zeitpunkt beenden (zum Beispiel durch eine Rücknahme oder einen Vergleich). Die daraus resultierende Leitentscheidung kann den Gerichten und der Öffentlichkeit als Richtschnur und zur Orientierung für weitere, gleichgelagerte Fälle dienen. Daran gebunden sind die unteren Instanzen hingegen nicht. Auch hat die Entscheidung keine Rechtswirkung für den Einzelfall. Dennoch wird eine solche Entscheidung für Rechtssicherheit bei Betroffenen und Rechtsanwener:innen und für Entlastung der Gerichte sorgen.

Mehr Kompetenzen für Regulierungsbehörden im Energiebereich

In Deutschland legt die Bundesregierung per Verordnung die Höhe der Netzentgelte fest und regelt den Zugang zu Gas- und Stromnetzen. Die entsprechende Regulierungsbehörde setzt diese Vorgaben um. Diese „vorstrukturierte“ oder „normative Regulierung“ verstößt jedoch gegen EU -Recht. Im September 2021 hat der Europäische Gerichtshof deshalb ein Vertrags-verletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Um diese Regulierungslücke zu schließen und das nationale Recht an das Unionsrecht anzupassen, beschließt der Bundestag in dieser Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Dadurch werden zwei bisher im EnWG geltende Verordnungsermächtigungen der Bundesregierung aufgehoben und die Kompetenzen bei der Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung auf die Regulierungsbehörden übertragen. Um harte Brüche und damit wirtschaftliche oder rechtliche Unsicherheit zu vermeiden, treten die Verordnungen gestaffelt erst nach einer Übergangszeit außer Kraft.

Auch der Wasserstoffhochlauf wird im Entwurf adressiert. Erstmals erhält die Bundesnetzagentur die Möglichkeit, Wasserstoff-Kernnetze zu genehmigen. Damit wird der Startschuss für die Wasserstoffnetzplanung in Deutschland gegeben. Bis Ende des Jahres wird eine um-fassende Wasserstoffnetzentwicklungsplanung im EnWG eingeführt.

Vorgesehen sind auch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Stromnetzen sowie Maßnahmen, um die Höherauslastung der Stromnetze in Deutschland abzufedern und nachhaltig abzusichern. Außerdem wird mit der Novelle ein einmaliger Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro auf die Netzentgelte der Übertragungsnetzebene gewährt. Damit werden die Netzentgelte auf dem Niveau von 2022 gedeckelt.

Steuerfairness schaffen – Globale Mindestbesteuerung umsetzen

Der Bundestag hat in dieser Woche das Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz führen wir eine effektive internationale Mindeststeuer ein. Die internationale Mindeststeuer wurde 2018 von Olaf Scholz in seiner Zeit als Bundesfinanzminister gemeinsam mit dem französischen Finanzminister, Bruno LeMaire, vorgeschlagen und in die Beratungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingebracht. Im Dezember 2021 einigten sich dann 141 Staaten auf die Einführung einer internationalen Mindeststeuer. Diese Einführung ist ein großer Fortschritt im Kampf gegen Gewinnverlagerungen internationaler Konzerne in Niedrigsteuerländer und gegen den unfairen Steuerwettbewerb. Es ist hochgradig ungerecht, verzerrt den internationalen Wettbewerb und die Steuereinnahmen fehlen den öffentlichen Haushalten, wenn global agierende, große Konzerne kaum Steuern zahlen. Denn sie können ihre Gewinne in Steueroasen verschieben und vermeiden es so, Milliarden an Steuer zu zahlen.

Durch eine Nachversteuerung von nicht oder niedrig besteuerten Unternehmensgewinnen wird eine globale Mindestbesteuerung in Höhe von 15 Prozent sichergestellt. Damit werden aggressive Steuergestaltungsmodelle unattraktiver. Außerdem wird im internationalen Steuerwettbewerb um Investitionen und Unternehmensansiedlungen eine Untergrenze eingezogen. Internationale Konzerne können sich somit nicht ihrer Finanzierungsverantwortung für das Gemeinwesen entziehen. Die Mindestbesteuerung gilt für alle international tätigen Unternehmen und große inländische Gruppen mit einem jährlichen Umsatz über 750 Millionen Euro.

„NIE WIEDER IST JETZT!“

In der Nacht vom 09. auf dem 10.November brannten in Deutschland die Synagogen. Tausende Jüdinnen und Juden wurden in den Novemberpogromen 1938 verhaftet, misshandelt und ermordet. Die Reichspogromnacht gilt als Auftakt des größten Völkermords in der Geschichte.

85 Jahre später gibt es wieder Brandanschläge auf Synagogen in unserem Land. Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt. Und das nicht erst seit der jüngsten Gräueltaten der Hamas und einem Überschwappen islamistisch motivierten Judenhasses. Gewaltdelikte gegen Jüdinnen und Juden nehmen seit Jahren zu, vier von fünf Straftaten werden aus dem rechten politischen Spektrum heraus verübt.

"Es ist egal, von woher er kommt, ob von ewig Gestrigen, von links, von rechts, ob er aus religiösen oder atheistischen Motiven entsteht. Wir müssen uns gegen Antisemitismus klar positionieren. Unter den demokratischen Parteien sind wir uns darin einig", sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. "Wer Juden in Deutschland angreift, greift uns alle an. Deshalb sollten wir uns alle für den Schutz von Jüdinnen und Juden in Deutschland einsetzen, da geht es um Zivilcourage." Seit dem blutigen Angriff der Hamas auf Israel fühlen sich Jüdinnen und Juden auch in Deutschland wieder bedroht. Ausgerechnet hier, fast 80 Jahre nach dem Holocaust. Der 9. November erinnert in dieser Woche in bitterer Weise an eine Wegmarke der Auslöschung jüdischen Lebens hierzulande. Gerade vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung, die aus dieser Schuld erwächst, müssen wir uns antisemitischem Hass mit aller Deutlichkeit entgegenstellen und ihn mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen - strafrechtlich und gesellschaftlich.

Dies bedeutet zum einen, keine judenfeindlichen Parolen auf unseren Straßen zu dulden und jeden Jubel über die Terrorangriffe zu unterbinden und zu ahnden. Es bedeutet zudem, terroristische Organisationen und solche mit antisemitischer Programmatik zu verbieten. Und es bedeutet, dass wir staatlicherseits aktiv und verlässlich die zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Ehrenamtliche unterstützen, die sich gegen Antisemitismus und für ein friedliches, respektvolles Miteinander einsetzen. Nie wieder ist jetzt!

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de
johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla